



**Programm zur
Kommunalwahl 2020
für Siegen-Wittgenstein**

DIE LINKE.

Kreisverband Siegen-Wittgenstein

Inhaltsverzeichnis

3	Vorwort
6	Arbeits- und Sozialpolitik
7	Bildung: Von der KiTa bis zur Uni
8	Kindertageseinrichtungen
9	Schulen
10	Inklusion: Selbstbestimmung und Teilhabe
10	Jugend- und Freizeittreffs
11	Verkehrspolitik
11	Attraktiver Nah- und Fernverkehr
12	Sozialticket
13	Straßenverkehr
13	Stadt- und Regionalentwicklung
14	Gewerbeflächen
14	Landwirtschaft und Ernährung: Wochenmarkt statt Weltmarkt
15	Regional statt Global!
15	Aufbau einer nachhaltigen Landwirtschaft
16	Weniger Fleisch und Milch – gut für Klima und Gesundheit
16	Lebensmittel gehören nicht in den Müll
17	Klimagerechtigkeit: System Change – Not Climate Change
18	Wohnungsbau
19	KAG-Beiträge
19	Smart-City: vernetzt und intelligent
19	Demokratische Teilhabe
20	Rechtsextremismus, Rassismus
21	Gesundheit
22	Kultur
22	Für eine offene Gesellschaft
23	Leben im Alter

Vorwort

Die Corona-Pandemie beweist einmal mehr, wie krisenanfällig die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist. Kaputtgesparte Krankenhäuser, der Preisanstieg bei lebensnotwendigen Produkten wie Schutzmasken und Lebensmitteln. Die Existenzkrise von Millionen Lohnabhängigen und KleinunternehmerInnen offenbaren die Unfähigkeit des freien Marktes, selbst grundlegende menschliche Bedürfnisse zu schützen.

Statt flächendeckend für kostenlose Covid-19-Tests, Medikamentenversorgung und Grundsicherung für alle zu sorgen, halten die Staatschefs dieser Welt am Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit fest und verschieben die eigene Verantwortung auf andere Länder oder individuelle Verhaltensweisen der Bevölkerung. Die Privatisierung und Profitorientierung des Gesundheitswesens finden hingegen keine Erwähnung, obwohl selbst neoliberale Regierungen zugeben müssen, dass der Markt rein gar nichts regelt und sie offen über Verstaatlichungen nachdenken müssen.

Während Großkonzernen von der Bundesregierung Milliardenbeträge zugesichert werden, muss der ärmste Teil der Bevölkerung, der ohnehin am meisten unter der Corona-Krise leidet, sich auf weitere Umverteilung von unten nach oben einstellen. Gleichzeitig rüstet die EU ihr Grenzregime weiter auf, um zu verhindern, dass zehntausende Geflüchtete, die dem Corona-Virus in dichtgedrängten Lagern schutzlos ausgeliefert sind, in Europa Schutz suchen. Deutschland hat 2019 so viel Geld für Rüstung ausgegeben wie niemals zuvor.

Diese Entwicklungen machen in Deutschland und weltweit die soziale Ungerechtigkeit noch sichtbarer. Sie zeigen uns, dass die Grenze zwischen den Menschen nicht zwischen Ethnien und Nationen verläuft, sondern zwischen Arm und Reich. Das Überleben von unzähligen Menschen steht auch jenseits der Corona-Krise auf dem Spiel. Die volle Wucht der viel gefährlicheren ökologischen Krise und eine Weltwirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes stehen uns noch bevor.

Doch es gibt auch Zeichen in der Krise, die Mut machen. Angesichts des Versagens des ausgedünnten Sozialstaates organisieren sich Menschen in Nachbarschaftshilfen selbst: auch im Siegerland und Wittgenstein. Der Begriff der Solidarität erfährt in lokalen Initiativen eine Wiederbelebung, durch die Ältere und Prekarisierte unterstützt werden. Die Solidarität endet nicht an den Außengrenzen und gilt auch Geflüchteten.

DIE LINKE steht für ein soziales und ökologisches Miteinander. Wir sorgen für Demokratie, Völkerverständigung, Gerechtigkeit, Umweltschutz, Abrüstung und Frieden. Wir sind die Alternative zu den anderen Parteien und deren dem neoliberalen Kapitalismus verpflichteten Wirtschafts-, Gesellschafts-, Sozial- und Bildungspolitik – auch auf kommunaler Ebene.

DIE LINKE steht für Vielfalt, Gleichberechtigung und ein friedliches Miteinander; für solidarische Teilhabe statt Isolation; für eine inklusive Gemeinschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger eine Chance haben auf ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Herkunft, Religion, Aussehen, Alter, Geschlecht und Einschränkungen dürfen kein Hindernis sein, sondern müssen als Chance und Bereicherung unserer gemeinsamen Zukunft verstanden werden.

DIE LINKE entwickelt ihre Politik nach ihren antikapitalistischen Grundüberzeugungen und aufgrund einer sachlichen Basis. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an die meistbietende Interessengruppe. Wir tauschen unsere Meinung nicht gegen gutbezahlte Posten. Wir geben die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden nicht in die Hände von Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in die Grauzonen von Hinterzimmern mit wirtschaftlich starken Lobbyisten.

DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen ihre Bürgerrechte wahrnehmen können, die in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde ihren Lebensmittelpunkt haben (Stichwort: „Eine Stadt / Eine Kommune für alle!“). Gerade in einer Stadt oder Gemeinde, bietet sich die Möglichkeit, direkten Einfluss zu nehmen und Dinge zum Positiven zu verändern. Wir unterstützen eine umfassende demokratische Mitwirkung. Bürgerinnen und Bürger müssen auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen beteiligt werden.

DIE LINKE steht für eine verantwortungsvolle Strukturentwicklung auf der Basis der natürlichen Gegebenheiten der Region, der grundlegenden Bedürfnisse der hier lebenden Menschen und unserer wertvollen Natur.

Auch in NRW vertieft sich die Spaltung in arme und reiche Kommunen. Grund dafür ist vor allem die unzureichende finanzielle Ausstattung von Seiten des Bundes und des Landes. Hier muss es dringend einen höheren, den ansteigenden Aufgaben insbesondere in sozialen und umwelttechnischen Bereichen entsprechenden und angemessenen Anteil am Gesamtsteueraufkommen geben. Aus der jetzigen Abwärtsspirale in Bezug auf die zunehmende Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden sowie der wachsenden sozialen Probleme führt nur ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt heraus. Die Städte und Gemeinden müssen mit stabilen Steuereinnahmen ausgestattet werden. Von den Mitteln des von der

Bundesregierung angekündigten „Altschuldenfonds“ müssen auch die ländlich strukturierten Gebiete stärker profitieren. Die zusätzlich finanziellen Belastungen durch die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise und die durch die Beschränkungen in Folge dieser Krise zurückgehenden Einnahmen der Kommunen (Gewerbsteuer, Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer) verschärfen die ohnehin schon schwierige Lage der kommunalen Finanzen noch zusätzlich.

DIE LINKE fördert auf kommunaler Ebene genossenschaftliche und andere gemeinschaftliche Formen der Selbstorganisation, die den Menschen die Grundbedürfnisse des Lebens sichern.

DIE LINKE steht für Demokratisierung und Rekommunalisierung und für eine Wiedergewinnung des gesamten öffentlichen Bereichs für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns auf kommunaler Ebene für die Rückgabe von Güter- und Dienstleistungen aus privater, profitorientierter Hand ein, die der Grundversorgung dienen. Die grundlegende Bedarfssicherung für alle muss demokratisch kontrolliert werden.

Linke Kommunalpolitik orientiert sich an den Interessen der Menschen, die in unserer Region leben. Eine Politik, die zuerst die Interessen der Privatwirtschaft befriedigt und damit das Profitinteresse einer Minderheit über die Interessen der Mehrheit stellt, bringt zwangsläufig Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Konflikte hervor.

DIE LINKE setzt sich für gute Arbeit und den Ausbau sozialer Einrichtungen für alle Menschen in unserer Region ein. Wohnraum muss preiswert und für alle bezahlbar sein. Wir setzen uns für freie, chancengleiche und je nach Bedarf ganztägliche Bildung ein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

DIE LINKE stellt sich entschieden gegen jegliche Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Es muss eine zuzahlungsfreie und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Menschen geben. Wir stellen uns der Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen und der damit einhergehenden Stellenvernichtung entgegen.

DIE LINKE macht sich stark für umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität, für vielfältige Kultur- und Freizeitangebote, für ökologische und natürliche Lebensbedingungen und für kurze Wege für Jung und Alt.

DIE LINKE steht für eine Politik, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet. Der Einsatz und Verbrauch von natürlichen Ressourcen, die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums muss sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch geregelt werden. Das fängt in unseren Städten und Gemeinden an. Wir organisieren soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Wir entwickeln eine kommunale

bürgerschaftliche Demokratie und setzen eine nachhaltige, ökologisch vernünftige und auch für nachfolgende Generationen trag- und zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung durch. Wir stehen für eine ganzheitliche, ökologische und nachhaltige Ausrichtung aller kommunalen Aktivitäten.

DIE LINKE sieht die Kommunalpolitik untrennbar mit der gesamtstaatlichen und internationalen Entwicklung verbunden.

Arbeits- und Sozialpolitik

DIE LINKE steht für einen demokratischen Sozialstaat mit guten sozialen Standards. Kommunalpolitik kann dazu beitragen Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und die daraus resultierende Armut zu verhindern.

Das kann zum Beispiel dadurch erreicht werden, dass die Kommunen keine Arbeitsgelegenheiten (Stichwort: „1-Euro-Job“) einrichten und Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die die sozialen und tariflichen Mindestanforderungen einhalten. Auch die Rückführung von Leistungen der Daseinsfürsorge in öffentliche Trägerschaft verhindert Arbeitslosigkeit und Armut.

Zur Sicherung sozialer Standards gehört es auch, dass sich Städte und Gemeinden an tariflich vereinbarte Vergütungen halten und in Bezug auf Ausbildung und Qualifizierung ihrer Beschäftigten eine Vorbildfunktion erfüllen.

Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Sozialpolitik ihre Möglichkeiten nutzt, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Der Kampf gegen die Armut hat für uns auch in den Städten und Gemeinden Siegen-Wittgensteins höchste Priorität. Armut belastet nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Städte und Gemeinden. Die regelmäßige Erstellung von „Armut- und Reichtumsberichten“ ist auch auf kommunaler Ebene notwendig, um frühzeitig Handlungsoptionen zur Überwindung von Armut entwickeln zu können.

Die Jobcenter haben sich vor einigen Jahren aus ihrer Verantwortung zurückgezogen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu schaffen und zu fördern. Die von Betroffenen häufig als willkürlich empfundene Behandlung zeigt: Arbeitslosigkeit wird in den Städten und Gemeinden lediglich verwaltet. Das Jobcenter hat sich zu einer Institution entwickelt, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht hat, Gelder auf Kosten Bedürftiger einzusparen und Mittel für Weiterbildung und Qualifizierung nicht auszuschöpfen oder erst gar nicht abzurufen.

**Zukunft
in Armut
verhindern.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

**Frauen haben
mehr verdient!**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Repressionen, Zwangsmaßnahmen und die Kürzung von Leistungen bei Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten sind, lehnen wir entschieden ab. Solange die entsprechenden Bundesgesetze nicht grundlegend verändert werden (Stichwort: „Hartz IV muss weg!“), müssen die Städte und Gemeinden begleitende Maßnahmen ergreifen, um soziale Benachteiligungen auszugleichen. Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem ein Sozialpass (ähnlich dem „Siegener Ausweis“), ein echtes Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr, soziale Stromtarife, verbesserte Erstattung bei den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger sowie ein breiter öffentlicher Beschäftigungssektor zu Tarifbedingungen.

Über die Trägerversammlungen können die Kommunen Einfluss auf die jährlich zu beschließenden Integrationsprogramme nehmen. Hier gilt es, **DIE LINKE** zu stärken, damit wir einen Platz in der Trägerversammlung des örtlichen Jobcenters bekommen, um uns für die Interessen der Betroffenen stärker einsetzen zu können.

Bildung: Von der KiTa bis zur Uni

DIE LINKE steht für die Pflege der Bildungslandschaften in den Städten und Gemeinden, damit die Bildungsinteressen der Menschen unterstützt werden. Die Bildungsangebote müssen von der Kindertageseinrichtung, über die Grund- und weiterführende Schule bis zur Universität kostenfrei sein. Es dürfen keine Gebühren erhoben werden. In den Schulen ist die volle Lernmittelfreiheit zu gewährleisten. Für Kinder von Eltern, die unterhalb der Armutsgrenze leben, muss es kostenfreie Schul-Startsets geben.

Auf Bundesebene fordert **DIE LINKE** eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von 573 € pro Kind. Solange dies nicht umgesetzt ist, betrachten wir die Reform des Bildungs- und Teilhabepaktes (BuT) vom August 2019 als Schritt in die richtige Richtung. Seitdem können Leistungen nach dem BuT beim zuständigen Amt von den Leistungsberechtigten einfach abgerufen werden, wenn sie benötigt werden (ausgenommen Lernförderung). Allerdings liegt die Entscheidung darüber, in welcher Form die Leistungen erbracht werden, bei den Städten und Gemeinden. Sie können die Leistungen auch als Sachleistungen oder als Gutscheine gewähren. **DIE LINKE** betrachtet das als unnötige, stigmatisierende und bürokratische Hürde. Deshalb setzen wir uns in Siegen-Wittgenstein für eine pauschalierte und antragslose Auszahlung aller BuT-Leistungen ein.

**Kein Lohn
unter 13 Euro.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

**Kinder
vor Armut
schützen.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Kindertageseinrichtungen

DIE LINKE steht für den kostenfreien Besuch von KiTas in allen angebotenen Formen. In Kindertageseinrichtungen lernen Kinder die Grundformen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese Erfahrungen dürfen nicht an Kostenargumenten scheitern. Die KiTas müssen in der Lage sein, alle Kinder aufzunehmen. In KiTas mit ganztägiger Betreuung gehört das gemeinsame Mittagessen zum pädagogischen Programm und ist deshalb unentgeltlich anzubieten.

DIE LINKE hat daran mitgewirkt, dass der Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung auch für Kinder unter 3 Jahren im Kreis Siegen-Wittgenstein erfüllt worden ist. Erforderlich ist jetzt der qualitative Ausbau der KiTas vor allem durch eine Verbesserung des Personalschlüssels, der aktuell in keinster Weise den Anforderungen an eine individuelle Betreuung und Förderung der Kinder entspricht.

Der Ausbau der U3-Betreuung darf aber nicht zu Lasten der Ü3-Betreuung gehen. Bei entsprechenden Planungen ist dafür zu sorgen, dass es auch für Eltern ein wohnortnahes Angebot gibt, deren Kinder erst ab einem Alter von 3 Jahren KiTas besuchen. In der Alternative „Kindertagespflege“ sehen wir nur einen Notbehelf, der bestenfalls geeignet ist, akute, unvorhersehbare Bedarfe abzudecken. Auch die Aufteilung in 25-, 35- und 45-Stunden-Angebote entspricht in vielen Fällen nicht der tatsächlichen Bedarfssituation. Wir begrüßen das Angebot erweiterter Öffnungszeiten und wollen dafür sorgen, dass solche Angebote in allen Städten und Gemeinden unseres Kreises zur Verfügung stehen.

Die für das Kindergartenjahr 2020/2021 angekündigte Änderung des Kinderbildungsgesetzes (Stichwort: „KiBiz“) bleibt weit hinter den aktuellen Anforderungen zurück.

Ein zweites, beitragsfreies Kindergartenjahr ist lediglich ein winziger Schritt in die richtige Richtung, aber keine echte Gebührenfreiheit für die gesamte KiTa-Zeit. Sollte in den Städten und Gemeinden beschlossen werden, für KiTas in freier oder konfessioneller Trägerschaft die finanziellen Eigenleistungen zu erhöhen, ist es mit der geforderten Vielfalt des Angebots in absehbarer Zeit vorbei. Hierbei von „freiwilligen“ Leistungen zu sprechen ist schlichtweg falsch, da beim Rückzug eines freien oder konfessionellen Trägers die Kommune selbst aktiv werden und die Kosten übernehmen muss. Dies würde auch den Bemühungen der Städte und Gemeinden, eigenverantwortlich zu handeln (Stichwort: „Subsidiaritätsprinzip“), widersprechen, wonach öffentliche Träger nur dann zum Zuge kommen sollen, wenn andere Träger nicht zur Verfügung stehen.

**Schulen
sanieren.
Kitas
ausbauen.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Schulen

DIE LINKE setzt sich für „Eine Schule für alle!“ ein, die alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam vom 1. bis zum 10. Schuljahr besuchen. Wir möchten für alle Kinder und Jugendliche eine offene und demokratische Schulwelt schaffen. Solange landesgesetzliche Regelungen die Umsetzung dieses Konzepts verhindern, unterstützen wir interessierte Eltern beim Aufbau von weiteren Gesamtschulen im gesamten Kreisgebiet. Bei allen Schulentwicklungsplänen muss die Option „Eine Schule für alle!“ offen gehalten werden.

Die vor einigen Jahren eingeführte Sekundarschule ohne eigene Oberstufe, als Möglichkeit zum Erhalt unterschiedlicher Abschlüsse in Wohnortnähe, trägt kaum zur Überwindung der Stufigkeit unseres Schulsystems bei. Wo in den Städten und Gemeinden solche Schulen eingerichtet wurden oder geplant werden, ist es unserer Ansicht nach geboten, sich zugunsten einer Gesamtschule zu entscheiden. Nach unserer Überzeugung kann nur mit dem Konzept „Eine Schule für alle!“ dafür gesorgt werden, dass nicht der soziale Status über den Lernerfolg der Kinder entscheidet.

Vor allem in den Grundschulen gilt für uns der Grundsatz „Kurze Wege für kurze Beine!“. Durch die Abschaffung der Schulbezirke und den dadurch entstandenen Wettbewerb haben einige Schulen an Attraktivität verloren. Kleinere Klassen, jahrgangsübergreifend geführte Schulklassen oder Schulverbünde sind Alternativen zu drohenden Schulschließungen. Dringend erforderlich sind eine Reduzierung der Mindestklassengrößen, eine deutliche Verbesserung des Schüler/Lehrer-Verhältnisses, sowie Stellenzuweisungen bei den Lehrkräften, die sich an den Bedürfnissen der einzelnen Schulen und nicht an dem gesamten Bereich der Schulträger (Städte und Gemeinden) orientieren. Die Attraktivität des Lehrberufs muss gefördert werden.

Außerdem müssen benötigte Beratungs- und Förderangebote, künstlerische Gestaltungsmöglichkeiten, handwerkliche Mitarbeit, sportliche und musikalische Betätigungen und demokratisches Lernen dazu beitragen, dass die Schulen mit Leben gefüllt werden und die individuelle Förderung in der Gemeinschaft von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt des Schullebens steht.

Im Kreistag haben unter anderem wir erfolgreich dafür gestritten, dass die zunächst vom Bund geförderte Einrichtung von Stellen für die Schulsozialarbeit fortgeführt wurde. Wir werden uns im Kreistag und in allen Städten und Gemeinden weiter dafür einsetzen, dass diese Arbeit auf Dauer etabliert und ausgeweitet wird.

Die Angebote der Volkshochschulen in den Städten und Gemeinden müssen ausgebaut werden, damit ein lebenslanges Lernen Freude bereitet. Dafür ist ein umfassendes und vielfältiges Angebot an Kursen in Wohnortnähe wichtig und nötig.

Inklusion: Selbstbestimmung und Teilhabe

Grundlage und Maßstab ist die „UN-Behindertenrechtskonvention“. Der darin festgeschriebene Inklusionsgedanke: Der Mensch steht im Mittelpunkt und darf nicht ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den (gesellschaftlichen) Rand gedrängt werden.

Als Menschenrecht ist Inklusion verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit, Solidarität und der Teilhabe an unserer Gesellschaft und deren Gestaltung.

Die Kommunen müssen Inklusionsbeauftragte benennen, die in allen Fragen der örtlichen Daseinsvorsorge und Gestaltung eingebunden sind. Die Anliegen der Organisationen und Vertretungen der Menschen mit Beeinträchtigung müssen gehört und berücksichtigt werden. Inklusion ist in allen Bereichen des Bildungssystems, von der KiTa bis zur Uni, umzusetzen. Barrierefreiheit ist in allen Lebensbereichen sicherzustellen.

Jugend- und Freizeittreffs

Die bestehenden Jugend- und Freizeittreffs sind so zu gestalten und auszustatten, dass sie Angebote bereithalten, die für alle Kinder und Jugendliche attraktiv sind. Die Erwartungen der jungen Menschen haben sich aufgrund der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung in den letzten Jahren stark verändert. Freie und selbstverwaltete Jugendeinrichtungen müssen gefördert und Jugendeinrichtungen flächendeckend eingerichtet werden.

Jugendliche durch ordnungsbehördliche Maßnahmen von öffentlichen Plätzen zu verbannen, ist keine zielgruppenorientierte Jugendarbeit.

Wir setzen uns dafür ein, dass für Kinder und Jugendliche ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen möglich ist.

**Barrieren
abbauen.
Teilhabe
ermöglichen.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

**Mehr
Jugendzentren,
Bolzplätze
und Skateparks.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Verkehrspolitik

Eine vernünftige und nachhaltige Verkehrspolitik muss Alternativen zum ständig zunehmenden Auto- und Schwerlastverkehr fördern. Durch den weiteren Aus- und Neubau von Straßen kann das Problem der zunehmenden Belastung von Bürgerinnen und Bürgern und der Umwelt durch Abgase, Feinstaub und Lärm nicht gelöst werden. Der Ausbau der Bahnstrecken, insbesondere der Tunnelprofile von Siegen nach Hagen, Köln, Gießen und Bad Berleburg ist eine wesentliche Voraussetzung für den Umstieg von der Straße auf die Schiene, sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Dafür setzen wir uns nach wie vor ein.

Die Mittel, die zum Beispiel für den sechsspurigen Ausbau der A45 vorgesehen sind, sollten besser an anderen Stellen für sinnvolle Maßnahmen zum Erhalt der Mobilität eingesetzt werden.

Die weitere Defizitabdeckung des Siegerlandflughafens durch Haushaltsmittel des Kreises, auch über den Umweg der Betriebs-Beteiligungsgesellschaft, lehnen wir nach wie vor strikt ab. Die rund 1,5 Millionen Euro, die jährlich dafür aufgebracht werden müssen, stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen des Flughafens für unsere Region.

Attraktiver Nah- und Fernverkehr

DIE LINKE steht für einen konsequenten Ausbau der Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs. Zum Beispiel durch die Einrichtung eines S-Bahn-Verkehrs auf den Strecken Betzdorf – Niederschelden – Siegen – Kreuztal – Littfeld/Bad Berleburg sowie Siegen – Kaan-Marienborn – Rudersdorf – Dillenburg. Zur Attraktivitätssteigerung eines solchen Angebots gehören die Wiederinbetriebnahme der Haltepunkte Siegen-Ost und Niederdielfen sowie die Anlage weiterer Haltepunkte, z. B. in Kaan-Marienborn und in Buschhütten.

Siegerland und Wittgenstein sind derzeit vom Fernverkehrsnetz der Bahn abgehängt. Wir halten es für wichtig und notwendig, dass IC-Züge auf der Strecke Hagen – Siegen – Frankfurt verkehren. Gleichfalls sollte nach den Ausbauarbeiten auf der Strecke nach Köln auch eine IC-Verbindung nach Köln installiert werden.

Ein Anschluss an den überregionalen Fernverkehr würde auch die Attraktivität der Universitätsstadt Siegen für Veranstalter von Tagungen und Kongressen steigern.

Mit Inkrafttreten des neuen Nahverkehrsplans ist die Unfähigkeit des derzeitigen Betreibers des Bus-ÖPNV, der VWS (derzeitiger Inhaber: WernGroup), deutlich geworden, die im Plan festgelegten Leistungen zu erbringen. Nicht durchgeführte Fahrten und Verspätungen im Kreisgebiet sind an der Tagesordnung.

DIE LINKE tritt weiterhin für eine Rekommunalisierung der Verkehrsbetriebe ein, weil damit der Niedriglohn für die Beschäftigten verhindert und einer weiteren Verschlechterung des Strecken- und Taktangebots entgegengewirkt werden kann. Öffentlicher Nah- und Fernverkehr gehören zur Daseinsvorsorge und damit in öffentliche Trägerschaft. Die Kosten für diese kommunale Aufgabe darf nicht allein von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, die auf das Angebot angewiesen sind. Wir setzen uns für ein attraktives Angebot ein, das auch Autofahrerinnen und Autofahrer zum Umstieg auf Bus und Bahn motiviert.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen zu den Themen Klimawandel und Klimaschutz spielt die Reduzierung des Individualverkehrs eine wichtige Rolle. Ein für die Nutzer kostenloser bzw. ein fahrscheinloser ÖPNV, mindestens aber die Einführung eines „365 Euro-Tickets“ und ein konsequenter Ausbau des Park-and-Ride-Systems sind dazu wichtige Schritte. Notwendig ist auch eine länderübergreifende Absprache zur Gültigkeit von Tickets der in und um unsere Region herum agierenden Verkehrsverbände.

Sozialticket

Solange es keinen kostenfreien ÖPNV vor Ort gibt, sollte ein echtes Sozialticket im Kreis Siegen-Wittgenstein eingeführt werden. Die aktuell verfügbare „MobilitätsCard“ ist mit einem Preis von 29 € für Bezugsberechtigte, wie zum Beispiel für Empfänger von Leistungen nach Hartz IV, Beschäftigten im Niedriglohnsektor, Wohngeldempfänger und Hilfebedürftige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, schlicht zu teuer.

Die Einführung eines kostenfreien Schülertickets im Gebiet der VWS haben wir unterstützt, weil wir darin einen Einstieg in einen fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr sehen und damit auch ein Beitrag zur Reduzierung des Pkw-Verkehrs geleistet wird. Wir unterstützen auch eine weitere Subventionierung des ÖPNVs, zum Beispiel durch ein kostenfreies Ausbildungsticket, ein Familienticket oder ein Seniorenticket. Wir haben allerdings erhebliche Bedenken, dass ein privatwirtschaftliches Unternehmen mit Mitteln aus den Haushalten von Städten und Gemeinden und des Kreises unterstützt wird. Beim Sozialticket ist das von der Kreistagsmehrheit noch abgelehnt worden.

Wie das Beispiel Schülerticket zeigt, bedarf es vor allem des politischen Willens, um derartige Angebote zu realisieren. Wir sorgen dafür, dass dieser Wille künftig auch beim Sozialticket erkennbar wird.

**Öfter, besser,
kostenlos:
Bus und Bahn.**
**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Straßenverkehr

DIE LINKE ist nach wie vor gegen den 6-spurigen Ausbau der A 45 und den Weiterbau der A 4. Auch die sogenannte „Route 57“ mit einer „Ortsumgehungskette“ von Kreuztal bis Erndtebrück und der geplanten Fortsetzung durch das Edertal bis Frankenberg lehnen wir ab. Der Nutzen dieser Verbindungen für den Fernverkehr steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Belastungen für Anwohner und Natur in den betroffenen Gebieten. Im Zeichen des Klimawandels verbietet es sich an Neubaupläne im Straßenverkehr zu denken.

Vorrang für **DIE LINKE** hat der Erhalt und die Ertüchtigung des vorhandenen Straßennetzes. Für die vielen Unternehmen im Kreisgebiet, die auf Schwerlastverkehre angewiesen sind, müssen Korridorlösungen auf den vorhandenen Straßen festgelegt und verwirklicht werden. Um die bestehenden Bundes-, Landes- und Kreisstraßen vom Lkw-Verkehr zu entlasten, sind einerseits Nutzungsbeschränkungen festzulegen und deren Einhaltung durch verkehrspolizeiliche Maßnahmen zu gewährleisten und andererseits die Voraussetzungen für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene zu verbessern. Die Inbetriebnahme des neuen Containerumschlagbahnhofs in Kreuztal ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Planungen für Umgehungsstraßen in besonders vom Straßenverkehr belasteten Orten dürfen nur in enger Abstimmung mit den Einwohnerinnen und Einwohnern in den betroffenen Städten und Gemeinden erfolgen. Sinnvolle Lösungsansätze, wie zum Beispiel Tunnelbauten, dürfen nicht von vornherein durch das Kostenargument abgewehrt werden.

Notwendig ist darüber hinaus eine Stärkung des Radverkehrs. Der Ausbau des Radwegenetzes muss zur vorrangigen Aufgabe der Verkehrspolitik werden. Selbst in einer Landschaft, die auf den ersten Blick nicht besonders geeignet erscheint, kann durch die Neuanlage von Radwegen und die Bevorzugung des Radverkehrs im öffentlichen Straßenraum, zum Beispiel durch die Öffnung von Busspuren, eine stärkere Nutzung von Fahrrädern ermöglicht werden.

Stadt- und Regionalentwicklung

In den Städten und Gemeinden im Kreis Siegen-Wittgenstein fehlt es seit Jahren an einer richtungsweisenden Stadt- und Regionalplanung. Unser Ziel im Kreis ist die Entwicklung eines Konzepts, das nachhaltig und zukunftsfähig ist. Die Lebensqualität der Menschen muss dabei im Vordergrund stehen.

**Vorfahrt
fürs
Fahrrad.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Gewerbeflächen

Aufgrund der topografischen Lage ist die Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Kreis Siegen-Wittgenstein immer mit großen Problemen behaftet. Unser Ziel ist die Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters, in das alle brachliegenden und in öffentlichem und privatem Besitz befindlichen Grundstücke einzubeziehen sind.

Wir lehnen die geplante Errichtung eines Gewerbegebiets „Oberschelden“ ab, weil dort die Anbindung an das Straßennetz nicht ohne erhebliche Beeinträchtigung für die Anwohner und die Natur gelingen kann. Außerdem lehnen wir die Errichtung eines Gewerbegebiets „Wilhelmshöhe-Nord“, mit der damit verbundenen Naturzerstörung am „Ischeroth“ ab.

Der Konflikt, der dadurch entsteht, dass Städte und Gemeinden bei der Ansiedlung von Betrieben und Unternehmen in Konkurrenz zueinander stehen, kann nur im Rahmen einer Reform der Gemeindefinanzen zufriedenstellend gelöst werden. Dafür setzt sich **DIE LINKE** auf Bundes- und Landesebene ein.

Landwirtschaft und Ernährung: Wochenmarkt statt Weltmarkt!

DIE LINKE steht für eine nachhaltige Landwirtschaft, die Ernährung sichert, die Landwirtinnen und Landwirte von ihrer Arbeit gut leben lässt und die Ernährung für alle bezahlbar macht und nicht für maximale Profite der Konzerne.

Die Agrarpolitik in der EU und in Deutschland zielt auf Wettbewerb und Gewinn ab. Sie ist blind für einen sozialen und ökologischen Weltmarkt. Auch im Binnenmarkt sind landwirtschaftliche Betriebe hohen Kosten und unfairer Wettbewerb ausgesetzt. Schlachtbetriebe, Lebensmittel- und Handelskonzerne zahlen die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland. Vier große Einzelhandelsunternehmen bestimmen rund 85 Prozent des Lebensmittelverkaufs in Deutschland. Die zu Recht in die Kritik geratene Massenproduktion von Tieren und Pflanzen ist die Folge einer Politik, die einseitig auf den Weltmarkt setzt und die Stärkung regionaler Märkte blockiert.

Wir brauchen gerechte Preise für die Erzeugerinnen und Erzeuger unserer Lebensmittel und gleichzeitig bezahlbare und gesunde Lebensmittel für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Regional statt Global!

DIE LINKE setzt sich für regionale Kreisläufe zugunsten vieler statt globaler Produktion und Vermarktung für wenige ein. Wir fordern eine Rückkehr zur Kreislaufwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung und regionaler Futtermittelproduktion.

Im Kreis Siegen-Wittgenstein haben wir eine überwiegend extensiv wirtschaftende Landwirtschaft und etliche Biohöfe. Dies gilt es zu fördern. Dazu gehört auch, dass die Landwirtinnen und Landwirte gute Preise für ihre Produkte bekommen. Solange Preise, z. B. für Milch und Milchprodukte, in Asien besser sind als in Deutschland, wird der Export dieser Produkte nicht zurückgehen.

Aufbau einer nachhaltigen Landwirtschaft

DIE LINKE fordert, dass EU-Agrarzahlungen konsequent an Umwelt- und Sozialkriterien gebunden werden. Dadurch wird gemeinwohlorientierte Landbewirtschaftung, wie z. B. die Weidetierhaltung, die auch Natur und Umwelt schützt (wie etwa die Beweidung der Trupbacher Heide durch Schafe), belohnt. Des Weiteren muss ortsansässigen Landwirtinnen und Landwirten durch Anpassung des Bodenrechts der Zugang zu Boden ermöglicht werden. Es sind Strategien zu erarbeiten, wie landwirtschaftliche Nutzflächen in die öffentliche Hand übergeben und unter sozial-ökologischen Auflagen langfristig an Agrarbetriebe verpachtet werden können. Boden ist keine Ware, sondern Lebensgrundlage.

In der Tierhaltung ist die Reduzierung der Großvieh-Einheiten sinnvoll und im Pflanzenbau sollte der Pestizid- und Düngereinsatz stärker kontrolliert und gezielter erfolgen. Wirkstoffe wie Glyphosat und Neonikotinoide müssen verboten werden.

Für die Forstwirtschaft gilt: Wir brauchen einen gesetzlich verankerten Waldumbau, weg von der Monokultur und Plantagenwirtschaft hin zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung. Was zwei aufeinander folgende, trockene und heiße Jahre in unseren Wäldern angerichtet haben, zeigt ein Blick aus dem Fenster. Wir brauchen Mischwälder mit einer vielfältigen Altersstruktur und eine Durchmischung von vielfältigen Baumarten. Mit diesen Maßnahmen ist der Wald besser in der Lage, den Klimawandel zu überstehen.

Weniger Fleisch und Milch – gut für Klima und Gesundheit

Produkte tierischer Herkunft sollten die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen. Aktuell wird Milch oft zu Dumpingpreisen vermarktet, Fleisch ebenso.

Demgegenüber sind frisches Obst und Gemüse oft teuer und für manche Menschen unerschwinglich. Wir setzen uns für die Reduzierung des Fleischkonsums um ein Viertel bis 2030 ein. Das ist gesünder und reduziert Treibhausgase um 3,1 Millionen Tonnen.

Wir fordern eine Verbesserung des Zugangs zu gesundem Obst und Gemüse durch eine auf null reduzierte Mehrwertsteuer für diese Produkte.

DIE LINKE will, dass es in allen Schulen und Kindertagesstätten eine kostenfreie, nachhaltige und gesunde Verpflegung gibt. Die Gemeinschaftsverpflegung soll Vorbilder bieten für eine gesunde und nachhaltige Ernährung.

Trinkwasserspender sollten in allen Einrichtungen und auf der Straße zur Verfügung stehen, um klimaschädliche Plastikflaschen zu vermeiden.

Lebensmittel gehören nicht in den Müll

Durch verbindliche Zielmarken in allen Wertschöpfungsstufen muss die Lebensmittelverschwendung schnellstmöglich beendet werden. Maßnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung dürfen sich nicht nur auf die Verwertung von Lebensmittelresten beschränken. Die Optik von Obst und Gemüse darf kein Abnahmekriterium im Handel sein. Die energetische Nutzung verzehrfähiger Lebensmittel sollte nur in Ausnahmefällen erlaubt sein. Die Entsorgung noch verzehrfähiger Lebensmittel ist zu verbieten und das „Containern“ sollte ab sofort straffrei sein.

Wir brauchen die sozial-ökologische Agrarwende gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten hin zu einer nachhaltigen Landbewirtschaftung und einer guten Ernährung für alle Menschen in Siegen-Wittgenstein, Deutschland und weltweit.

**Massen-
Tierhaltung
beenden.**

**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Klimagerechtigkeit: System Change – Not Climate Change

Der Zeitpunkt für entschiedenes Handeln ist nicht irgendwann, sondern jetzt. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss drastisch sinken. Der ökologische Umbau ist eine existentielle Notwendigkeit.

Wetterextreme, wie Stürme, Überschwemmungen und Dürren sind ernsthafte Warnungen. Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels sind nicht mehr länger in weit entfernten Regionen zu beobachten, sie finden vor unserer Haustür statt. Wir können insbesondere im Interesse der nachfolgenden Generationen nicht länger so tun, als hätten wir noch einen zweiten Planeten in Reserve.

Das Ziel kommunaler Ökologie- und Energiepolitik muss es deshalb sein, den Einsatz fossiler Energieträger, wie z. B. Öl oder Gas, in und für die kommunalen Einrichtungen soweit wie möglich zu reduzieren, um den Ausstoß der CO₂-Emissionen schnell und effizient einzudämmen

DIE LINKE setzt sich aktiv dafür ein, dass kommunale Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Energietechnik hohe Standards erfüllen, um den Zielen einer notwendigen drastischen Energieeinsparung näher zu kommen. Das Ziel muss sein, die kommunale Fahrzeugflotte auf emissionslose Antriebstechniken umzustellen. Die im Besitz des Kreises, der Städte und der Gemeinden befindlichen Gebäude sind auf die Möglichkeit einer energetischen Sanierung zu prüfen, zum Beispiel hinsichtlich des Einsatzes von Solarzellen, Heizanlagen mit erneuerbaren Energien und Verbesserung von Lüftungsanlagen. Von den dadurch geringeren Betriebskosten bei der Umsetzung profitiert nicht nur das Klima, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger.

Die Wende hin zu klimafreundlichen, emissionslosen und erneuerbaren Energieträgern, wie Sonne-, Wind- und Wasserkraft, sowie Biomasse muss unumkehrbar sein und weiter vorangetrieben und gefördert werden. Bei dem stetigen Ausbau der Windenergieanlagen ist der Bildung von Bürgerwindparks vor den Interessen privater Investoren der Vorrang einzuräumen. Hierbei ist die strikte Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, wie u. a. der Mindestabstand zu Wohngebäuden, die Berücksichtigung von Schlagschatteneffekten, wie auch die Beachtung des Natur- und Tierschutzes erforderlich. Die Städte und Gemeinden sollten bereit sein, zumindest auf Kreisebene zu einem abgestimmten Verfahren hinsichtlich der Neuplanung solcher Anlagen zu kommen und sich auch einer Landesgrenzen überschreitenden Planung nicht verschließen.

Die kommunalen Strategien müssen auf Klimaanpassungsmaßnahmen ausgerichtet sein und das Potential im Kreisgebiet muss hierfür ausgenutzt werden. Zur Vermeidung von Schäden und Minderung absehbarer Folgekosten sind Anpassungen wie die Bereitstellung von Grün-, Wasser- und Schattenflächen, Erhalt und

**#System
Change statt
Klimawandel.**
**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Schaffung von Luftleitbahnen und Frischluftflächen, Flächennutzung mit abfluss- und erosionsmindernden Maßnahmen und vieles mehr erforderlich.

Die Freiheit von Angst und die Gewissheit, dass die Zukunft nicht für wenige, sondern für alle da ist – das ist die Motivation, die wir jetzt brauchen.

Wohnungsbau

Für **DIE LINKE** ist die Wohnungsfrage als zentrale Frage eng mit der Eigentumsfrage verknüpft. Wohnen ist und bleibt ein Grundbedürfnis der Menschen und die Art zu Wohnen entwickelt sich ständig.

DIE LINKE hält es für wichtig und notwendig, dass die Spaltung der Städte und Regionen in wohlhabende und benachteiligte Quartiere überwunden wird. Hierbei hat der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau einen hohen Stellenwert und muss voran getrieben werden. Seit Jahren fällt immer mehr Wohnraum aus der Sozialbindung heraus, doch der Bedarf steigt weiter.

DIE LINKE macht sich dafür stark, dass die zur Verfügung stehenden Mittel für den sozialen Wohnungsbau auch im Kreis Siegen-Wittgenstein vollständig abgerufen und gleichzeitig diese Mittel weiter erhöht werden. Das Spekulieren mit öffentlichem Wohnraum und der Ausverkauf an private Investoren muss beendet werden. Auf der Kreisebene muss die Kommunale Siedlungsgesellschaft (KSG) in die Lage versetzt werden, im Bereich des geförderten Wohnungsbaus eine aktivere Rolle zu spielen. Dies gilt auch für die Kommunale Entwicklungsgesellschaft (KEG) auf der Stadtebene in Siegen. Hier sollten auch alternative Ideen für Wohnformen wie Mehrgenerationshäuser oder autofreies Wohnen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Der starke Anstieg von Studierenden an der Universität Siegen hat die Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum in Stadtnähe deutlich gemacht und führt zu einem Verdrängungswettbewerb mit anderen Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel Rentnerinnen und Rentnern und Menschen in prekären Lebenssituationen.

Es ist unverzichtbar und wurde bisher sträflich versäumt, auf die Landesregierung einzuwirken und die, auch im Vergleich zu anderen Universitätsstädten, zu geringe Zahl von Wohnheimplätzen in Siegen zu korrigieren und alle Möglichkeiten zu nutzen, wirksame und schnelle Abhilfe zu schaffen.

**Energie:
Schluss
mit Kohle.
Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

**Wohnen
bezahlbar
machen.
Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

KAG-Beiträge

DIE LINKE fordert die Abschaffung der KAG-Straßenbaubeiträge. Die Nutzung der Straßen erfolgt durch die Allgemeinheit und ist nicht auf die Anlieger beschränkt. Straßen und ihre Nutzung gehören zur allgemeinen Daseinsvorsorge und Instandhaltungsarbeiten sind daher aus Steuermitteln zu leisten.

Smart-City: vernetzt und intelligent

DIE LINKE setzt sich für den flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes und der Schließung von Funklöchern ein. Das Internet gehört zur Daseinsvorsorge und muss allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Es ist Voraussetzung für eine Entwicklung, die die Städte und Gemeinden effizienter, ökologischer und sozial inklusiver gestaltet. Eine Smart-City vernetzt Technologien der Mobilität, Stadtplanung und Verwaltung zum Nutzen aller. Digitalisierung darf jedoch nicht zur fremdbestimmten Verhaltenssteuerung führen. Und sie darf die lebendigen analogen und sozialen Beziehungen zwischen den Menschen nicht beherrschen oder verdrängen.

Hard- und Software, Systeme und Datenbanken müssen in öffentliche, kommunale Hand und dürfen nicht für Social Scoring, bzw. soziale Überwachung und Bewertung eingesetzt werden.

Zusammen mit einem verpflichtenden Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) mit hohen Sicherheitsstandards als nachhaltige IT-Strategie soll smarte Technologie den Alltag im Kreisgebiet erleichtern. Von der Suche nach dem schnellsten Weg mit dem ÖPNV, inklusive Erwerb eines elektronischen Tickets, über Ampelsteuerung nach Verkehrslage, Heizungssteuerung von öffentlichen Gebäuden nach Wetterlage, Ausweitung digitaler kommunaler Angebote und vielem mehr sollen vor allem Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Beeinträchtigung und einkommensschwache Menschen von diesen Projekten profitieren.

Demokratische Teilhabe

DIE LINKE setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ein. In allen Kommunen in NRW besteht die Möglichkeit über einen sogenannten „Bürgerhaushalt“ über Teile des kommunalen Haushalts mitzuentcheiden. So werden politische

**Schnelles
Internet.
Frei für alle.
Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Entscheidungsprozesse für jede und jeden transparenter und nachvollziehbarer. Damit dieses Instrument auch aktiv genutzt werden kann, ist es dringend erforderlich, die Bürgerinnen und Bürger über diese Möglichkeit klar und ausführlich zu informieren.

Wir machen uns für eine Politik für und mit den Bürgerinnen und Bürgern stark. Hierfür sind die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide herabzusetzen. Zu wichtigen kommunalpolitischen Themen müssen Bürgerversammlungen einberufen und die Menschen gehört werden. Ein offenes Forum für Jugendliche, die an der demokratischen Mitbestimmung im Kreisgebiet interessiert sind, ist einzurichten und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist ein Rederecht in Ausschüssen einzuräumen.

Rechtsextremismus, Rassismus

Wir beobachten nach wie vor mit Aufmerksamkeit und großer Sorge die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen und Parteien im Kreis Siegen-Wittgenstein. Nicht Verschweigen, sondern die öffentliche Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut ist notwendig und erfolgreich.

Im Kreistag hatte die Fraktion **DIE LINKE** einen Antrag eingebracht, mit dem die Kreisverwaltung aufgefordert wurde, regelmäßig Berichte über rechtsextremistische Aktivitäten, insbesondere Straftaten vorzulegen. Leider hat sich die Kreistagsmehrheit lediglich dazu durchringen können, Berichte über „Extremismus“ einzufordern und sich damit die unhaltbare Gleichsetzung von „Rechts- und Linksextremismus“ zu eigen gemacht, die von konservativen Kreisen in Wissenschaft und Politik mit dem Ziel gepflegt wird, vom Umfang der Gefahren von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Verunglimpfung der Demokratie und Gewalt gegen politisch Andersdenkende abzulenken.

Rechtsextreme Ideen und daraus resultierende Taten sind unter anderem mit Strafverfahren, Organisationsverboten, Schutz der Opfer und Aufklärung über ihre politische Verbreitung zu bekämpfen. Die Förderung von Bildungsarbeit, die sich mit Rechtsextremismus als Einstellungsmuster in der Mitte der Gesellschaft beschäftigt, ist ungemein wichtig und muss verstärkt werden.

DIE LINKE fordert eine sofortige und konsequente Ahndung aller antisemitisch, rassistisch und politisch motivierten Straftaten. Des Weiteren den Ausbau und den Erhalt von Projekten, die sich entschlossen gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus richten sowie eine jährliche Berichterstattung - die diesen Namen auch verdient - über rechtsextremistische Straftaten und die entsprechende Szene.

Nazis
entgegen
treten.
Immer und
überall!

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Gesundheit

DIE LINKE tritt für den Erhalt und den Ausbau des Kreisklinikums in öffentlicher Trägerschaft ein. Wir unterstützen die geplante engere Zusammenarbeit der Kliniken in Siegen, da wegen der gesetzlichen Bedingungen nur auf diesem Weg die Aufrechterhaltung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung möglich ist. Diese Kooperation ist auch eine Voraussetzung für die Etablierung eines medizinischen Ausbildungsgangs an der Universität Siegen.

Gesundheit darf keine Ware sein, die mit Gewinnerzielungsabsichten verkauft wird. Das Mitspracherecht des Kartellamts bei der Kooperation der Siegener Kliniken zeigt hierbei deutlich, dass unser Gesundheitssystem schon lange finanziellen Interessen unterliegt.

Bei der Fortschreibung der Krankenhausbedarfsplanung in NRW setzen wir uns ebenfalls für den Erhalt kleinerer, wohnortnaher Krankenhäuser ein. Das im Zuge der Corona-Krise reaktivierte Krankenhaus in Kredenbach ist dauerhaft zu erhalten.

DIE LINKE fordert seit langem die Einrichtung einer psychosomatischen Abteilung am Kreisklinikum. Häufig sind es soziale und psychische Probleme, die zu Krankheiten führen und eine entsprechende psychosomatische und psychotherapeutische Behandlung erfordern. Eine psychotherapeutische Behandlung und Diagnostik kann konsiliarisch auch anderen Abteilungen zur Verfügung stehen und insofern insgesamt neue Möglichkeiten eröffnen.

Gegenüber einer stark stationär geprägten Psychiatrie befürworten wir eine Verlagerung der Schwerpunkte in den ambulanten Bereich zur Herstellung möglichst unmittelbarer Kontakte und zur Vermeidung von Zwang. Notwendig wäre dazu eine engere Zusammenarbeit aller Berufsgruppen und aller Beteiligten. Die bereits beschlossene Übernahme der psychiatrischen Akutversorgung für den Altkreis Wittgenstein durch die Klinik Wittgenstein sollte möglichst umgehend realisiert werden. Darüber hinaus ist ferner wichtig, dass der Sozialpsychiatrische Dienst als ambulante Einrichtung für unmittelbare und akute Krisensituationen wieder vollständig, auch mit ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, tätig werden kann. Dies darf nicht an finanziellen Bedingungen scheitern. Die an der Kinderklinik Siegen eingerichtete Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie betrachten wir als wichtigen Schritt zu einer besseren, wohnortnahen Versorgung.

In den ländlichen Regionen müssen in den nächsten Jahren verstärkt Anstrengungen zum Erhalt einer wohnortnahen, ärztlichen Versorgung unternommen werden. Der Fortbestand von allgemeinmedizinischen und zahnärztlichen Praxen, Apotheken und Notdiensten ist in erster Linie in Form medizinischer

**Gemeinsam
gegen
Rassismus.
Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

**Mehr Geld
für Pflege und
Gesundheit.
Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft sicherzustellen. Diese MVZs dürfen keinesfalls an renditegetriebenen Finanzinvestoren übertragen werden.

Kultur

Es gilt, die kulturelle Vielfalt in all ihren Facetten zu schützen, weiterzuentwickeln und zu fördern. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige kulturelle Szene, erhöhen die Lebensqualität in einer Gemeinde. Theater, Museen, Orchester, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen sind dabei ebenso zu fördern, wie die Angebote freier Künstler, Gruppen und Vereine.

Es ist nicht die Aufgabe der Kulturförderung, nur einige wenige „Leuchtturmprojekte“ zu unterstützen. Damit die kulturellen Angebote auch von allen genutzt werden können, müssen Wege gefunden werden, wie zumindest ein Teil der zur Verfügung stehenden Karten, zum Beispiel im Apollo-Theater, im Kulturhaus Lyz und im Gebrüder-Busch-Theater auch auf unkompliziertem Weg an interessierte Besucherinnen und Besucher vergeben werden können, für die die Tickets zum Normalpreis nicht erschwinglich sind.

Für eine offene Gesellschaft

DIE LINKE setzt sich für lebenswerte Kommunen für alle Menschen, ohne Benachteiligung und Diskriminierung ein. Akzeptanz und Toleranz der Unterschiede sind dabei für uns das Prinzip von Integration, in der sich beide Seiten, Einheimische und Migrantinnen und Migranten begegnen. Diese Integration sollte vom Staat, speziell auch auf kommunaler Ebene, gefördert werden. Dazu gehört für uns auch das Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben.

Wir fordern, dass die entsprechenden Behörden im Kreis wohlwollend den Arbeitsmarkt- und Bildungszugang für Geflüchtete mit Duldung prüfen und zugunsten der Betroffenen entscheiden. Sowohl für die Kommunen als auch für die Menschen ist ein eigener Beitrag zum Lebensunterhalt und das Schaffen von Perspektiven wünschenswert. Jahrelange Kettenduldungen und unverhältnismäßige Bildungs- und Arbeitsverbote gehören abgeschafft. Geflüchteten mit Duldung soll ein Bleiberecht ermöglicht werden.

**Steuern rauf
für Reiche.
Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Migrantinnen und Migranten sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und zugleich auch eine Herausforderung. **DIE LINKE** setzt sich deshalb für einen offenen Dialog zwischen Migrantinnen und Migranten und Einheimischen ein, um Vorurteile abzubauen und ein solidarisches Zusammenleben zu ermöglichen. Dabei wollen wir besonders diejenigen unterstützen, die die Hauptlast der Alltagsintegration leisten, z. B. durch zusätzliche und passende soziale Hilfen für einzelne Wohnquartiere.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, den zu uns geflüchteten Menschen vorurteilsfrei gegenüberzutreten. Wir bestärken alle Bemühungen, diesen Menschen Unterstützung in vielfältiger Weise zukommen zu lassen, um auch ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Wir danken allen, auch im Kreis Siegen-Wittgenstein, die hauptberuflich und/oder in ehrenamtlicher Tätigkeit diesem Personenkreis in selbstloser Weise mit Hilfsangeboten unterstützend zur Seite stehen.

Leben im Alter

Einer wachsenden Zahl Seniorinnen und Senioren stehen immer weniger junge Menschen gegenüber. Die Vielzahl der sozialen Milieus, aus denen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stammen, nimmt zu. Darauf muss sich die Politik auch in den Kommunen einstellen. Die Schaffung bzw. Unterstützung von Beratungseinrichtungen und Betreuungsangeboten gehört ebenso dazu, wie der barrierefreie Ausbau öffentlicher Gebäude oder Hilfen bei der Nutzung des ÖPNVs. Wo bereits Angebote freier Träger vorhanden sind, müssen diese unterstützt, gefördert und ausgebaut werden. Wo sie fehlen, sind Angebote in kommunaler Trägerschaft einzurichten.

Projekte, die das Zusammenleben jüngerer und älterer Menschen z. B. in Mehrgenerationenhäusern zum Ziel haben, müssen gefördert werden.

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen nimmt auch in unserem Kreis zu. Barrierefreie Wohnungen/Häuser, die für alle bezahlbar sind und bleiben müssen, sowie eine flächendeckende, ausreichende ambulante Betreuung tragen dazu bei, den älteren Bürgerinnen und Bürgern ein weitgehend selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Wo dies nicht aufrechterhalten werden kann oder nicht möglich ist, sind in der Pflegebedarfsplanung ausreichend Plätze in wohnortnahen Einrichtungen bereitzuhalten, die nicht der Gewinnmaximierung eines privaten Investors dienen.

**Solidarität
statt
Kapitalismus.**
**Wann, wenn
nicht jetzt?**

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Just dance/Shutterstock.com

Kommunalwahl NRW 13.9.20
jetzt-gerecht.de
 Gute Bildung – kostenfrei für alle.
DIE LINKE.

Kommunalwahl NRW 13.9.20
jetzt-gerecht.de
 Kinder vor Armut schützen.
DIE LINKE.

Kommunalwahl NRW 13.9.20
jetzt-gerecht.de
 Barrieren abbauen - in Gebäuden,
 im Netz und im Kopf.
DIE LINKE.

Studio 72/Shutterstock.com

Timelyn/Shutterstock.com

Kommunalwahl NRW 13.9.20
jetzt-gerecht.de
 Vorrang für Rad und Nahverkehr.
DIE LINKE.

Kommunalwahl NRW 13.9.20
jetzt-gerecht.de
 Wohnen bezahlbar machen.
DIE LINKE.

Kommunalwahl NRW 13.9.20
jetzt-gerecht.de
 Die Kommunen gehören uns allen.
DIE LINKE.

DIE LINKE. Kreisverband Siegen-Wittgenstein
 Kölner Str. 2
 57072 Siegen
 www.die-linke-siegen-wittgenstein.de

